

**Berichterstatter: StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüs**

- 1 ) A 8 – 41296/2009-7 Voranschlag 2011 mit GGZ Wirtschaftsplan 2011 (GGZ-70224/2004-13)  
1.a. Beschlüsse zum Voranschlag der ordentlichen Gebarung 2001  
b. Beschlüsse zum Voranschlag der außerordentlichen Gebarung 2011
- A 8/2 – 0045157207-10 2. Änderung der Grazer Kanalabgabenordnung 2005
- A 8/2 – 004519/2007-11 3.a. Änderung der Grazer Abfuhrordnung 2006  
A 23/061630/2004-0134 b. Änderung der Entgelte für die Inanspruchnahme besonderer Leistungen in der Abfallwirtschaft
- A 8/2-004658/2007-1 4. Änderung der Hundeabgabeordnung

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüs**: Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, hoher Gemeinderat! Nach der Finanzmarkt- und der Wirtschaftskrise sind wir nun bei der Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte angelangt. Neben Griechenland hat auch Italien eine Verschuldung von weit über 100 %, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Irland und Portugal liegen bei über 80 %. Das heißt, die Bevölkerung dieser Staaten müsste ungefähr ein ganzes Jahr lang völlig unentgeltlich für die Gläubiger arbeiten, um ihre Staatsschuld tilgen zu können. Europa und die USA sind in diese Schuldenkrise geraten, weil sie mit Finanzspritzen im bisher noch nie dagewesenen Ausmaß einzelne Banken und Finanzinstitute vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten mussten, den ihre zum Teil verantwortungslos spekulierenden Manager verursacht haben. Und nun sind diese Staaten selbst in der Krise. Überbordende Defizite und erdrückende Schuldenlasten. Damit aber nicht genug. Genau jener Sektor, der durch die Staaten vor dem Kollaps gerettet wurde, der Banken- und der Finanzsektor, stellt nun harte Bedingungen für die Finanzierung der Staatsdefizite. Liebe

Staatsführungen, so heißt es, ihr seid so hoch verschuldet, wer weiß wann und ob überhaupt ihr eure Schulden wieder in den Griff bekommt. Da ist es schon sehr riskant, euch weiterhin Geld zu borgen. Was ist die Folge? Eine Rating-Agentur setzt die Bonität dieser Staaten herab, die Banken verlangen höhere Zinsen und alle SteuerzahlerInnen müssen das ausbaden. Es ist einfach höchst an der Zeit, dass die verantwortlichen Regierungsspitzen in den USA und in Europa erkennen, dass sie unsere realen Volkswirtschaften vor dem wild ausschlagenden Ungleichgewichten der Finanzmärkte wirkungsvoll schützen müssen. Irland hat erst vor wenigen Tagen einen spektakulären Schritt in diese Richtung gesetzt. In Hinkunft sollen die Boni der Bank- und Finanzmanager tatsächlich, und hören und staunen Sie, mit 90 % besteuert werden. Damit könnten die Spekulationsanreize für die Manager jedenfalls drastisch reduziert werden. Die Gefahr, dass die Wirtschaft durch die Schuldenkrise in den USA und in den europäischen Staaten Griechenland, Irland, aber auch Portugal und Spanien wieder einen kräftigen Rückschlag erleidet, wächst. Das fürchten wir alle. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass die Europäische Union und der Internationale Währungsfonds ihren finanziellen Schutzschirm über jene Staaten ausbreiten, die aufgrund massiver Verschuldung ins Schwanken geraten sind. Irland wurde geradezu gebeten, sich unter diesen Schirm zu stellen. Beim Rettungsschirm für Griechenland gab es noch viel Kritik aus den europäischen Staaten. Dies hat allerdings auch damit zu tun, dass die Schuldenkrise Griechenlands offenbar nicht ausschließlich durch die Finanzhilfe für Banken, sondern auch durch massive Überbeanspruchung der staatlichen Leistungsfähigkeit durch zu hohe Ansprüche unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen, durch Steuerverweigerung und auch Korruption explodiert ist.

Sind wir dankbar, dass nach dem Zweiten Weltkrieg das Bestreben zu einem gemeinsamen Europa so stark war, dass wir nun auch eine gemeinsame Währung haben. Kleine europäische Staaten, zu denen auch Österreich gehört, könnten sich gegen Finanz- und Währungskrisen in Anbetracht der globalisierten Finanzmärkte allein kaum mehr helfen. Vielleicht braucht es nun nach der Phase der Globalisierung, deren Schattenseiten wir gerade schmerzhaft erleben, wieder eine Phase der

gesellschaftspolitischen Visionen wie in den Jahren des Wiederaufbaues nach 1945, als die europäischen Wohlfahrtsstaaten getragen durch einen breiten Kompromiss und getragen durch die Bereitschaft, dem Staat auch etwas zu geben und nicht nur zu nehmen, einen beispiellosen Aufschwung zustande gebracht haben. Das sich Wehren Irlands gegen die Annahme europäischer Hilfe ist zunächst verständlich. Denn vor dem Aufspannen des Schutzeschirmes verlangen die europäischen und internationalen Währungshüter einen harten Konsolidierungskurs. Drastische Einsparungen im Sozialbereich, bei den Beamtengehältern, kräftiges Drehen an der Steuer- und Gebührenschraube und das gleichsam von heute auf morgen. Ein derartiger Konsolidierungskurs mit Brachialgewalt kann von der Wirtschaft und Gesellschaft eines Staates nur mit großen Einschränkungen verkraftet werden. Die Einkommen der Bevölkerung und damit die Nachfrage sinken, die Wirtschaft schrumpft und die Arbeitslosigkeit steigt. In der Folge gehen auch die Steuereinnahmen zurück, wie das derzeit offenbar in Griechenland passiert. Somit wird die Konsolidierung erst wieder gefährdet. Damit haben Griechenland und die anderen genannten europäischen Staaten noch ein hartes Stück Arbeit vor sich.

Diese Entwicklung ist eigentlich ein Signal an alle Gebietskörperschaften, rechtzeitig Konsolidierungsbemühungen anzustellen und nicht erst mit dem Rücken zur Wand. Nur so ist es möglich, Schuldenentwicklungen rechtzeitig einzufangen und Budgetkonsolidierungen ohne Kahlschlag bei den Ausgaben und ohne Brachialgewalt durchzuführen und nur so kann sichergestellt werden, dass die Budgetkonsolidierung ohne größeren Schaden für die Bevölkerung gelingt. Was für Nationalstaaten gilt, gilt mit entsprechender Maßstabsverkleinerung auch für Länder sowie für Städte und Gemeinden. An dieser Stelle, wenn das Land Steiermark seine Ausgaben nächstes Jahr tatsächlich um 25 % kürzt, das sind mehrere hunderte Million Euro, wird das mit spürbaren Einkommenseinbußen von einzelnen Bevölkerungsgruppen verbunden sein. So werden zum Beispiel bei Kürzung der Wohnbauförderungsmittel um 25 % zusätzliche Arbeitslose in der Baubranche nicht zu vermeiden sein.

Die Stadt Graz hat die Konsolidierungserfordernisse rechtzeitig erkannt. 2008 hat die schwarz/grüne Koalition folgenden mittelfristigen Konsolidierungspfad beschlossen:

1. Politische Schwerpunktsetzung im Bereich Kinderbetreuung, Bildung, Nachmittagsbetreuung und Volksschulen, Soziales, Integration und, in der Wirtschaftskrise besonders wichtig, Infrastrukturinvestitionen. In diesen Bereichen werden Ausgabensteigerungen vorgesehen.
2. In allen anderen Bereichen gibt es verträgliche, nicht überfallsartige, aber konsequente Kürzungen.
3. Mittelfristige Festlegung von Investitionspaketen zunächst für 2006 bis 2010, jetzt für 2011 bis 2015 und deren strikte Einhaltung und
4. eine Verwaltungsreform, die diesen Namen auch verdient. Mit dem Haus Graz neu ordnen sollen Synergien besser genutzt, Doppelgleisigkeiten vermieden und Aufgaben effizienter erfüllt werden.

Das Budget 2011, das heute zur Diskussion steht, beweist es. Graz hat seine Aufgaben in den letzten Jahren vorbildlich gemeistert (*Applaus ÖVP und Grüne*). Der viel zitierte Pleitegeier hat sich verzogen und kreist über anderen Gebietskörperschaften. Wir haben das Ruder rechtzeitig herumgerissen und fahren nun, anders als die Titanic, mit Sicherheitsabstand an den Eisbergen vorbei. Geplant war, dass zwischen 2012 und 2015 ein Ausgleich der laufenden Gebarung erzielt wird. Nun wird dieses Ziel bereits 2011 umgesetzt, im nächsten Jahr werden wir erstmals seit 2001, also seit zehn Jahren, wieder einen Überschuss in der laufenden Gebarung erwirtschaften (*Applaus ÖVP und Grüne*). Gelungen ist diese Trendumkehr durch folgende Umstände: Erstens die Eckwertbudgetierung sowie die Einführung von Sparbüchern für die Abteilungen, die zu einer sehr seriösen und professionellen Budgetplanung geführt haben. Trotz lauter Unkenrufe der Regierungsopposition, dass vor allem im Sozialbereich, aber auch insgesamt viel zu wenig budgetiert wurde, wir werden es heute vermutlich wieder hören, haben bisher alle Budgets der schwarz/grünen Koalition genau gehalten (*Applaus ÖVP und Grüne*). Es gab in den Jahren der

schwarz/grünen Koalition nicht nur keine Nachtragsbudgets, wir haben sogar alle Budgetjahre besser abgeschlossen, also veranschlagt. Zweiter Grund für die Trendumkehr. Das konsequente Ausgabenmanagement bis hin zur 15%-Sperrung für das Jahr 2009. Ich habe damals viele Vorwürfe aushalten müssen, weil diese Sperrung, und nur so kann sie wirken, unangemeldet und damit sehr kurzfristig kam. Doch sie hat wesentlich geholfen, auch im schwierigen Budgetjahr 2009 auf Konsolidierungskurs zu bleiben und selbstverständlich wurden alle gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen von der Sperrung ausgenommen, Härtefälle wurden entschärft. Noch eine Anmerkung dazu: Ausgabenmanagement heißt ganz wesentlich, kreativ und innovativ zu sein, heißt sich Gedanken zu machen, wie ein politisch gewünschtes Ziel unter Umständen auch mit weniger Geld bestmöglich erreicht werden kann. Dazu gibt es viele positive Beispiele aus der Verwaltung. Ich finde es jedenfalls nicht richtig zu sagen, wenn ihr mir diese oder jene Summe nicht gebt, dann gibt es halt dies oder jenes für die Grazer Bürgerinnen und Bürger nicht. Zu fordern, entweder ich bekomme ab jetzt 17 Millionen Euro pro Jahr mehr oder es gibt eben keinen Sozialpass, ist aus meiner Sicht fantasielos und wohl nicht der politischen Kreativität letzter Schluss (*Applaus ÖVP und Grüne*). Der dritte Grund für die Trendumkehr ist, wie erwähnt, die Verwaltungsreform Haus Graz neu ordnen. Die Ausgliederung des Kanalbauamtes und der Wirtschaftsbetriebe in die Holding Graz, der Liegenschaftsverwaltung in die GBG, die Zusammenführung der gesamten Liegenschaftsverwertung in der Abteilung Liegenschaftsverkehr, die Zusammenlegung aller städtischen EDV-Abteilungen in der neu geschaffenen ITG sowie die Neustrukturierung der Holding mit Umwandlung in eine GmbH sollen bis 2015 Einsparungen von jährlich mindestens acht Millionen Euro bringen. Diese Reform, die ein zentrales Projekt der schwarz/grünen Koalition ist, wird genau laut Plan mit 1.1.2011 organisatorisch umgesetzt. Schon nächstes Jahr müssen alle städtischen Unternehmungen ihren Beitrag zur Konsolidierung leisten und deutliche Ergebnisverbesserungen erzielen. Ich komme zum vierten Grund für die Trendumkehr, das sind Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich durch die jährliche Feststellung der Bevölkerungszahl. Mit tatkräftiger Unterstützung unsers

Bürgermeisters bei den Verhandlungen zum derzeit geltenden Finanzausgleich wurde diese neue Regelung vereinbart. Graz profitiert dadurch enorm (*Applaus ÖVP und Grüne*). Die Stadt hat derzeit rund 30.000 EinwohnerInnen mehr als 2001 und ist prozentuell am stärksten von allen Landeshauptstädten gewachsen. Das bedeutet rund 25 Millionen Mehreinnahmen pro Jahr. Der fünfte Grund für die Trendumkehr ist die strikte Einhaltung des vereinbarten Investitionsrahmens in der AOG. Wir haben, und das lassen Sie mich an dieser Stelle ganz besonders festhalten, eine rasante Erneuerung der Infrastruktur in den letzten zehn Jahren hinter uns. Dabei sind nicht nur die Kulturbauten für das Kulturhauptstadtjahr 2003 zu nennen, sondern auch die neu errichteten Kindergärten und Schulen, die Komplettierung des Kanalnetzes mit der neuen Kläranlage, die Verlängerung von drei Straßenbahnlinien mit den Nahverkehrsknoten Puntigam und Don Bosco, die Fußballtrainingszentren für Sturm, GAK und den Steirischen Fußballverband, das neue Sport- und Wellnessbad Eggenberg, umfassende Hochwasserschutzmaßnahmen, Radverkehrsmaßnahmen, Sanierungen im Sozialbereich, Asyle und Heime, Jugend, und im letzten Jahr das Mädchenzentrum, Gemeindewohnhaussanierungen, Projektfinanzierung im Rahmen der Creative Industries und vieles mehr. Trotz dieser zahlreichen Investitionen ist es gelungen, den für 2006 bis 2010 vereinbarten Rahmen von insgesamt rund 300 Millionen Euro zu halten, ja sogar zu unterschreiten, da noch nicht alle Projekte in der geplanten Zeit umgesetzt werden konnten. Die wichtigsten Gesamtdaten zum Budget 2011 darf ich Ihnen anhand der folgenden Darstellungen erläutern:

Wir haben hier das Gesamtbudget nach Gebarungsarten, wir sehen in der ersten Zeile den genannten Erfolg in der laufenden Gebarung, Einnahmen übertreffen die Ausgaben um knapp 3,6 Millionen Euro. Wir hatten im Jahr 2010 budgetiert noch einen Abgang von 35 Millionen Euro, diese Zahl wird sich allerdings aller Voraussicht nach im Rechnungsabschluss verbessern. Mit der Vermögensgebarung und den Finanztransaktionen ergibt sich das Gesamtvolumen des Budgets für 2011 der Stadt Graz in der Höhe von 975 Millionen Euro. Ein Wort zur Nettoneuverschuldung 2011 der Stadt Graz. Die Bruttoschuldaufnahme wird 89 Millionen sein, getilgt werden Schulden im Ausmaß von 36 Millionen Euro, das gibt eine Nettoneuverschuldung von

53 Millionen Euro. Diese Schuldaufnahme ist nicht mehr erforderlich für die Finanzierung der laufenden Gebarung, sie wird ausschließlich für die Finanzierung von Investitionen verwendet werden. Den Erfolg in der laufenden Gebarung darf ich Ihnen anhand dieser Darstellung noch etwas näher erläutern, hier ist die öffentliche Sparquote angegeben, die öffentliche Sparquote ergibt sich durch laufende Einnahmen dividiert durch laufende Ausgaben mal hundert in Prozent. Das heißt, wenn in einem Jahr die Sparquote über 100 % liegt, dann übertreffen eben die Einnahmen die Ausgaben. Sie sehen, dass wir von 2005 einen leichten Anstieg hatten, 2007 ein bisheriges bestes Ergebnis, 2010 wird besser als geplant und 2011, wie gesagt, das Erreichen dieses Zieles, nämlich eine Sparquote von über 100 % (*Applaus ÖVP und Grüne*). Um diesen erfolgreichen Weg abzusichern, soll der Personalaufwand im Magistrat, in der Holding und in der GBG bis 2015 den Wert von 2010 nominell nicht übersteigen. Das ist mit begrenzter Nachbesetzung frei werdender Stellen möglich, wobei davon die Kinderbetreuung, der Pflegebereich, der Branddienst der Grazer Berufsfeuerwehr sowie die Bus- und StraßenbahnfahrerInnen der Grazer Linien ausgenommen sind. Soviel zum Budget der Stadt Graz 2011.

Ich komme zur mittelfristigen Finanzplanung des Hauses Graz insgesamt von 2011 bis 2015. Der Grazer Stadtschuldenrat, der von Wolfgang Riedler, meinem Vorgänger als Finanzstadtrat, eingerichtet wurde, begleitet seit einigen Jahren die Haushaltskonsolidierung der Stadt Graz aus externer Sicht. Die drei Professoren Bernhard Felderer, Dietmar Pilz und Gunther Tichy halten fest, dass die Reorganisations- und Effizienzverbesserungsmaßnahmen im Rahmen des Projektes Haus Graz ein bemerkenswertes und ambitioniertes Bemühen sind, dem Schlagwort Verwaltungsreform auch praktische Substanz zu geben. Die Einbeziehung der Tochtergesellschaften, die konsolidierte Betrachtungsweise, heißt es weiter bei der Ermittlung der Finanzkennzahlen, wird einhellig als richtig und beispielgebend empfunden. Alle Gebietskörperschaften haben in den letzten Jahrzehnten Aufgaben an ausgegliederte Gesellschaften übertragen. Klassische Beispiele dafür sind die Österreichischen Bundesbahnen, die ASFINAG, die BIG auf Bundesebene, KAGES und LIG auf Landesebene sowie die Holding Graz, ehemals Grazer Stadtwerke AG, und die

GBG in der Stadt. Die wesentlichen Gründe für diese Ausgliederungen sind bekannt: mehr Kostentransparenz, effizientere betriebliche Organisation, zum Teil flexibleren Personaleinsatz als in den öffentlichen Verwaltungen und Auslagerung von Schulden, die sogenannte Flucht aus dem Budget, um Defizite und Schuldenstand der öffentlichen Hand maastrichtkonform dazustellen. Mit der Ausgliederung gingen aber auch Kontrollmöglichkeiten verloren. Es besteht die Gefahr, dass diese Gesellschaften vor allem in der Form einer AG ein zu starkes Eigenleben entwickeln. Gerade in den letzten Jahren des konsequenten Sparkurses im Magistrat ist manchmal aufgefallen, dass im Gegensatz dazu manche unserer städtischen Unternehmen Ausgaben mit doch recht lockerer Hand getätigt haben. Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter haben uns in den letzten Jahren immer wieder gefragt, warum wir im Magistrat jede Ausgabe so genau hinterfragen, während in den Beteiligungen manchmal auch mit Genehmigung der jeweiligen Aufsichtsräte der Einsparungsdruck viel geringer sei. Der Flucht aus dem Budget der Stadt Graz hat unser Stadtrechnungshofdirektor schon seit mehreren Jahren ein Ende bereitet. In den von ihm verfassten Rechnungsabschlüssen der jeweiligen Budgetjahre weist er schon lange den Schuldenstand der Stadt Graz nicht mehr nur kamental, also laut Budget, sondern inklusive aller Beteiligungen aus. Der Stadtrechnungshofdirektor ist sozusagen „schuld daran“, in Anführungszeichen selbstverständlich, dass wir in den Medien immer wieder für eine Milliarde Schulden geprügelt wurden, wo die Schulden doch ohne Beteiligungen „nur“, wiederum in Anführungszeichen rund die Hälfte betragen. Doch wir wissen alle, andere Gebietskörperschaften werden in Zukunft ebenfalls ihre Schulden konsolidiert darstellen müssen, wenn sie ihre Budgets wieder in den Griff bekommen wollen. Was bringt die Budgetanalyse des Bundes ohne Schulden der ASFINAG, der ÖBB und der BIG, oder jene des Landes ohne die Schulden von KAGES und LIG? Eine ernst gemeinte Konsolidierung setzt die umfassende Bestandsaufnahme eines Haushaltes inklusiver aller Beteiligungen voraus. Deshalb möchte ich, dass die konsolidierte Budgetdarstellung für alle Gebietskörperschaften in Österreich verbindlich festgeschrieben wird (*Applaus ÖVP und Grüne*) am Beispiel der Stadt Graz.

Mit 1.1.2011 werden durch die Reform Haus Graz neu ordnen weitere Dienstleistungsbereiche Kanal, Kläranlage, Abfallentsorgung, Straßendienst und Grünraumpflege, Hausverwaltung ausgegliedert. Im Magistrat verbleiben hoheitliche, behördliche und Planungsaufgaben. Das bedeutet, dass rund 1.300 Beschäftigte des Magistrates zur Holding, zu GBG oder zur neu gegründeten ITG wechseln. Von den rund 7.300 Beschäftigten im Haus Graz werden dann nur noch rund 2.800 im Magistrat arbeiten, mehr als die Hälfte, nämlich rund 4.500 werden dann schon in den städtischen Beteiligungen sein. Für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen die Beteiligungen beträchtliche finanzielle Mittel aus dem Budget der Stadt Graz. 2011 werden es mit den neu hinzugekommenen Aufgaben insgesamt mehr als 220 Millionen Euro sein. Das ist mehr als ein Viertel der laufenden Ausgaben im Budget unserer Stadt. Es muss daher wohl nicht weiter begründet werden, dass wir die Steuerung und das Controlling der Beteiligungen über die Stadtregierung und hier über den Gemeinderat konsequent verfolgen müssen, um eine erfolgreiche Aufgaben- und Finanzpolitik für alle Grazerinnen und Grazer zu machen. Salopp gesagt, müssen wir die Beteiligungen stärker an unsere kommunalpolitische Brust nehmen. Unser Stadtrechnungshof und unsere Finanzdirektion haben dazu ein völlig neues und für Österreich jedenfalls einzigartiges Budgetierungssystem entwickelt. Es erlaubt die Zusammenfassung des Budgets der Stadt Graz mit den Budgets aller unserer Beteiligungen, also eine Zusammenfassung des kameralen Rechnungswesens mit der Gewinn- und Verlustrechnung von Kapitalgesellschaften. Dieses neue Rechnungssystem erlaubt die konsolidierte Darstellung des Schuldenstandes auf Basis der laufenden Gebarung und der Investitionen aller Einheiten im Haus Graz. Ich möchte an dieser Stelle den genannten Institutionen, dem Stadtrechnungshof und unserer Finanzdirektion ausdrücklich gratulieren für dieses beispielgebende und tatsächlich epochale Werk (*Applaus ÖVP und Grüne*). Diese Rechnung wurde für die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015 durchgeführt und liegt heute erstmals dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vor. Bevor ich Ihnen die Ergebnisse präsentiere, sei festgestellt, dass, wie immer bei der Anwendung eines neuen Instrumentes, viele offene Fragen geklärt werden mussten. Dabei haben sich neben

der Finanzdirektion, die Geschäftsführungen und Budgetabteilungen, vor allem der Holding Graz und der GBG besonders eingesetzt. Für die Diskussion und Abstimmung der Wirtschaftspläne wird ab nächstem Jahr viel mehr Zeit zur Verfügung stehen. Sind die letzten Daten der Beteiligungen heuer erst gegen Ende November, vor wenigen Wochen, eingetroffen, haben wir für nächstes Jahr den 30. September als Termin dafür vereinbart. Damit bleiben zwei Monate Zeit für die ausführliche Diskussion und Abstimmung der Ergebnisse. Dies ist nach den Erfahrungen von heuer auch unbedingt erforderlich. Die Zusammenfassung der vorgelegten Wirtschaftspläne hat nämlich ergeben, dass bei Übernahme derselben die konsolidierten Schulden von derzeit 1,1 Milliarden Euro auf 1,7 Milliarden Euro bis 2015 steigen würden, also mehr als 50 % oder um 600 Millionen Euro. Da dieses Ergebnis absolut inakzeptabel ist, erfordert es eine drastische Korrektur der Wirtschaftspläne unserer Beteiligungen. Dies ist aber in wenigen Tagen nicht möglich, sondern kann nur in den nächsten Wochen und Monaten erfolgen. Die Geschäftsführungen unserer Unternehmen müssen viel härter und konsequenter an Ergebnisverbesserungen arbeiten und deren Marktfähigkeit beweisen, vor allem durch Senkung der Kosten, aber auch durch eine genaue Prüfung der gemeldeten Investitionsprogramme. Diese dürfen keine unrealistischen Wunschprogramme sein, sondern sind auf ihre Notwendigkeit genau zu prüfen und betriebswirtschaftlich, jedenfalls aber volkswirtschaftlich unter Einbindung von Umwegrentabilitäten zu begründen. Nachdem die Wirtschaftspläne der Beteiligungen so nicht beschlossen werden können, haben wir uns zu folgender Top-Down-Vorgangsweise entschlossen. In Absprache mit dem Stadtrechnungshof legen wir Vorgaben für die Wirtschaftspläne der Beteiligung zur Beschlussfassung vor, die von diesen operativ umzusetzen sind und zwar als maximale Schuldenobergrenze werden für das Haus Graz 1,4 Milliarden Euro festgelegt. Ab 2013, spätestens jedoch ab 2015 sind diese Investitionen des Magistrates in den Beteiligungen insgesamt ausschließlich durch Überschüsse aus dem laufenden Betrieb und keinesfalls mehr durch neue Schulden zu finanzieren. Das heißt, die Nettoschuldaufnahme ist dann null. Entscheidend für diese Schuldendiskussion sind aus meiner Sicht zwei Fragen. Erstens, für welche Aufgaben

nehmen wir Schulden auf und zweitens, können wir uns die Schulden leisten? Die Antwort auf die erste Frage hebt nochmals den bisherigen Erfolg der Budgetkonsolidierung hervor. Wir verschulden uns nicht mehr, um uns unseren laufenden Betrieb, Personal, Subventionen, Leistungsentgelte leisten zu können, sondern ausschließlich für die Finanzierung von Investitionen. Die Rechtfertigung für die Investitionsfinanzierung mittels Krediten liegt eindeutig in der Langlebigkeit der errichteten Infrastruktur. Kindergärten, Schulen oder Straßenbahnen werden auch die Lebensqualität unserer Kinder und Enkelkinder verbessern, also ist es gerechtfertigt, dass sich unsere nachkommenden Generationen auch an der Finanzierung dieser Einrichtung über die Schuldentilgung beteiligen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Zur Antwort auf die zweite Frage, ob wir uns die Schulden leisten können. Aus finanzpolitischer Sicht können wir uns Schulden in Höhe von 1,4 Milliarden Euro für das Haus Graz leisten, wie die folgende Rechnung zeigt: Je nach Zinssatz müssen wir Zinsen von 40 bis 60 Millionen Euro pro Jahr dafür bezahlen, das sind rund vier bis sechs Prozent unserer Einnahmen in der konsolidierten laufenden Gebarung. Dieser Wert ist als Obergrenze für die Zinsbelastung aus meiner Sicht durchaus akzeptabel. Für jede unserer Beteiligung von der Holding Graz über die GBG, die Geriatrischen Gesundheitszentren, die Messe, Graz Tourismus über das Kindermuseum, Stadtmuseum bis zu unserem zweiten Eigenbetrieb der GPS werden auf Basis der genannten Werte Vorgaben für das Ergebnis des laufenden Betriebes sowie für das Investitionsbudget gemacht. Insgesamt muss sich das Ergebnis 2011 der laufenden Gebarung der Beteiligungen um rund 4,5 Millionen Euro gegenüber ihren Wirtschaftsplänen verbessern. Die angemeldeten Investitionen sind um rund 35 Millionen zu reduzieren. Trotz dieser Reduktion werden wir 2011 einen historischen Höchstwert an Investitionen für unsere Stadt Graz erreichen, nämlich rund 156 Millionen Euro. Es ist ein Rekordinvestitionsniveau, und zwar vor allem im Verkehrsbereich. Die wichtigsten Investitionen 2011 zeigt die nächste Darstellung, allein für den öffentlichen Verkehr, Nahverkehrsdrehscheibe Hauptbahnhof, neue Fahrzeuge, Straßenbahnen, GVB-Betriebswerkstätte, zweiter Bauabschnitt GVB-Schienenprogramm, Ankauf neuer GVB-Busse, insgesamt machen diese Investitionen

im nächsten Jahr 56 Millionen Euro aus (*Applaus ÖVP und Grüne*). Selbstverständlich gibt es weitere wichtige Investitionen etwa im Kanalbau und bei der Kläranlage, Schulzubauten, EDV, Wohngebäude, Sie haben es vor sich, laufende Investitionen des Geriatrischen Gesundheitszentrums, Sanierung von Wasserversorgungseinrichtungen, sehr wichtig das Sachprogramm Grazer Bäche, die Hochwasserschutzmaßnahmen, Feuerwehrfahrzeuge, Neugestaltung Annenstraße, Flughafen, neues Parkhaus, es verbleiben dann noch weitere Investitionen von insgesamt 38 Millionen Euro. Trotz dieses Rekordniveaus sind weitere Investitionen geplant, die aktuell noch nicht entscheidungsreif sind und daher für 2011 noch nicht berücksichtigt wurden: Reininghaus, Pflegeheime der GGZ sowie Grundstückankäufe des Flughafens.

Die nächste Darstellung zeigt die Entwicklung des konsolidierten Schuldenstandes 2011 bis 2015 auf Basis der gemachten Vorgaben. Ich darf Sie wie folgt durch diese Darstellung führen. Wir haben derzeit, wie Sie in der ersten Zeile und in der ersten Spalte sehen, einen Schuldenstand von 1,1 Milliarden Euro. In der zweiten Zeile sehen Sie die geplante Entwicklung der Überschüsse aus der laufenden Gebarung von 72 Millionen Haus-Graz-weit im Jahr 2011, bis 120 Millionen im Jahr 2015. In der nächsten Spalte sind die konsolidierten Investitionen angegeben, das Rekordniveau im nächsten Jahr von 156 Millionen, das dann etwas abflacht und am Ende von 2015 auf Basis der Pläne 52 Millionen beträgt. Wichtig ist in diesem Zusammenhang das Jahr 2013, Sie sehen an dieser Darstellung, dass in diesem Jahr erstmals die laufenden Überschüsse die Investitionen übertreffen. Wir haben selbstverständlich Zinsen zu tragen, das heißt, bis dann die laufenden Überschüsse auch die Zinsen mitabdecken, das wird im Jahr 2015 der Fall sein, das heißt, wir haben eben in der Phase zwischen 2013 und 2015 dann den Punkt erreicht, in dem wir keine neuen Schulden mehr aufnehmen müssen. Der bisherige Konsolidierungsweg war erfolgreich. Es gibt aber keine Garantie, dass die nächste Etappe der Konsolidierung wieder ein Erfolg wird trotz größten Bemühens von allen Seiten. Ich möchte an dieser Stelle insgesamt drei Gefahren nennen, die einen weiteren Erfolg gefährden könnten. Die erste Gefahr ist ein neuerliches Einbrechen der Steuereinnahmen. Diese Gefahr ist vor allem dann

gegeben, wenn die europaweite Schuldenkrise der öffentlichen Hände den wirtschaftlichen Aufschwung wieder bremst. Zweite Gefahr: die Auswirkungen der Budgetkonsolidierung von Bund und Land auf Projekte in Graz. Verkehrsministerin Bures hat es schon angekündigt, den finanziellen Beitrag des Bundes für die Tangentialbuslinien um ein Drittel zu kürzen, das sind um 150.000 Euro weniger. Die Arbeitsmarktförderungsmittel für das ERFA-Programm werden 2011 ebenfalls gekürzt. Graz wird keinesfalls die Ausfallhaftung für die übergeordneten Ebenen übernehmen können (*Applaus ÖVP und Grüne*). Wir werden aber, der Bürgermeister hat es angekündigt, den GrazerInnen ganz deutlich sagen, wer für was verantwortlich ist und wer was absagt. Soll der Förderungsbeitrag vom Bund oder Land durch Mittel der Stadt kompensiert werden, so muss das aus dem jeweiligen Eckwert der betroffenen Abteilung finanziert werden. Die dritte Gefahr ist, dass die Reform nicht zum erwarteten Erfolg führt. Um dies zu vermeiden, müssen die diesbezüglichen Einsparungseffekte realistisch eingeschätzt und langfristig verfolgt werden. Der Stadtschuldenrat weist darauf hin, dass Gefahren wie ein Zuviel an politischer Einmischung in das betriebliche Tagesgeschäft oder ein Überborden der Bürokratie zum Beispiel bei der im nächsten Jahr zu entwickelnden inneren Leistungsverrechnung sensibel erkannt werden müssen. Diesen Gefahren ist rechtzeitig gegenzusteuern.

Hoher Gemeinderat, ich fasse zusammen. Die schwarz/grüne Koalition hat einen mittelfristigen Konsolidierungsweg gewählt, der konsequent, aber ohne Kahlschlag durchgeführt wird. Für den Magistrat wurde das für das Jahr 2012 bis 2015 gesteckte Ziel schon 2011 erreicht. Erstmals seit zehn Jahren werden die laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben übertreffen. Der Saldo ergibt eine schwarze Null. Dies trotz der politischen Schwerpunkte mit Ausgabensteigerungen in der Kinderbetreuung, Pflichtschulen, Sozialbereich, Integration und bei den Infrastrukturinvestitionen. Dieser Weg ist mit strikter Budgetdisziplin weiter zu verfolgen (*Applaus ÖVP und Grüne*). Ab 2011, nach Umsetzung der großen und weit reichenden Verwaltungsreform Haus Graz neu ordnen, sind die Beteiligungen verstärkt in die

Budgetkonsolidierung miteinzubeziehen. Produktivitätssteigerungen sind unbedingt erforderlich. Vor allem Kostensenkungen bei der Auftragserfüllung. Ziel ist, dass ab 2013, spätestens ab 2015, keine neuen Schulden gemacht werden und die vorgeschlagene Schuldenobergrenze von maximal 1,4 Milliarden Euro nicht überschritten wird (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Abschließend bedanke ich mich bei allen, die bei der Budgeterstellung mitgewirkt haben. Hier ist in erster Linie unser Finanzdirektor Karl Kamper zu nennen, der mit seiner gewohnten Kreativität an die neue Aufgabe der Steuerung der Beteiligungen herangegangen ist, unterstützt von seinem großartigen Team. Eine unersetzliche Stütze ist, wie jedes Jahr, Michi Kicker, der Herr über die Zahlen, unser Mister Budget (*allgemeiner Applaus*). Bei der neuen Herausforderung der Erstellung des Hauses Graz bei der mittelfristigen Finanzplanung haben sich vor allem Mag. Günter von der Finanzdirektion, Dipl.-Ing. Zeiler vom Reformteam der Magistratsdirektion bestens bewährt. Ich danke aber auch den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sowie allen Kolleginnen und Kollegen der Stadtregierung für die konstruktiven Gespräche und ihre große Unterstützung (*allgemeiner Applaus*).

Ich möchte gerne zum Abschluss noch darauf hinweisen, dass diesmal beim Budgetbeschluss auch die Beschlüsse gefasst werden sollen über die Gebührenanpassung, über die Indexanpassung im Bereich des Kanals, der Müllabfuhr und bei der Hundeabgabe, sie sind ebenfalls Teil dieses Beschlussstückes.

Und ganz zum Schluss noch ein Wort zu den sogenannten Erinnerungen, das Budget liegt laut Statut 14 Tage vor dem Budgetgemeinderat öffentlich auf. Es kann eben eingesehen werden, und wenn jemand einen Beitrag auch zur Budgetbehandlung leisten möchte, dann muss er diese sogenannte Erinnerung abgeben. Nach meiner Information sind leider erst gestern insgesamt drei Erinnerungen eingetroffen; die erste Erinnerung von Herrn Engelbert Gerstl, der sich erkundigt nach der Errichtung des Gehsteiges am Sternäckerweg und des Straßendurchstichs beim Johann-Weitzer-Weg. Zum Zweiten eine Erinnerung der Umweltorganisation ARGE Luft und Lärm mit

dem Hinweis für mehr städtische Investitionen im Bereich der Fernwärme und Wärmedämmung, im Bereich des ÖV-Angebotes und der Verbesserung des Wohnumfeldes mit Finanzierungsvorschlägen, nämlich Erweiterung der Parkzonen, differenzierte Angleichung von ÖV und Parktarifen, Kombi-Tickets; und die dritte Erinnerung ist eingetroffen von Dipl.-Ing. Walter Felber, es muss aus meiner Sicht zunächst übersetzt werden, weil sie hier handschriftlich erfolgt ist und im Fax kaum lesbar ist. Grundsätzlich geht es ihm um eine Aufhebung der Blockierung von Technologien zur zukunftsorientierten Stoffaufbereitung von Rohstoffen. Alle drei Erinnerungen werden schriftlich beantwortet.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke Herr Stadtrat, ich darf meine Regierungskolleginnen und Regierungskollegen wieder einladen, neben mir auf der Regierungsbank Platz zu nehmen und komme nun zu den Generalreden. Ich möchte ganz, ganz herzlich auf der ZuhörerInnengalerie begrüßen unsere ehemalige Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl, sei herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*), ich darf begrüßen unseren ehemaligen Kollegen Nationalrat des BZÖ, Gerald Grosz (*allgemeiner Applaus*) und ich darf ganz herzlich auch zwei Leidtragende der politischen Arbeit begrüßen, nämlich die Gattin unseres Finanzreferenten und die Gattin unseres Gemeinderatskollegen Frölich, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).